

Antikriegstagveranstaltung 2019

Anlässlich des weltweiten Antikriegstags führen der Deutsche Gewerkschaftsbund und das Friedensplenum Mannheim eine gemeinsame Veranstaltung durch.

Iran: Wirtschaftskrieg und Kriegsdrohungen

Zur steigenden Kriegsgefahr im Mittleren Osten

Grußwort: Elwis Capece

Redner: Prof. Mohssen Massarrat

Seit US-Präsident Donald Trump im Mai 2018 das Wiener Atomabkommen, das die fünf Vetomächte im UN-Sicherheitsrat plus Deutschland im Sommer 2015 mit Teheran beschlossen hatten, einseitig und ohne Anlass aufgekündigt hat, eskaliert die US-Administration den Konflikt mit dem Iran ständig weiter.

Schritt für Schritt wurden Sanktionen wieder eingeführt und verschärft.

Angesichts wilder Vorwürfe und offener Kriegsdrohungen aus Washington fühlen sich manche Beobachter schon an die Zeit vor dem letzten Irakkrieg in 2003 erinnert.



- Wie real ist die Kriegsgefahr? Welche Interessen verfolgt Washington?
- Stellt der Iran eine Gefahr für die Region dar?
- Wie stark ist die Wirtschaft des Iran vom erneuten Embargo der USA getroffen, wie wirkt sich dies auf die Bevölkerung aus?
- Wie groß ist die Chance, das Atomabkommen noch zu retten?
- Was könnten Deutschland und die EU tun, um einen neuen Krieg im Mittleren Osten zu verhindern? Was ist von einer EU-Militärmission zu halten?

Mohssen Massarrat wurde 1942 in Teheran geboren, lebt seit 1961 in Deutschland und war von 1982 bis 2007 Professor für Politik und Wirtschaft an der Universität Osnabrück mit den Forschungsschwerpunkten Naher und Mittlerer Osten, Energie, Friedens- und Konfliktforschung sowie Nord-Süd-Konflikt.

Elwis Capece ist Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) für die Region Mannheim/Heidelberg und Mittelbaden/Nordschwarzwald

Mittwoch, 11. September 19.00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim, Saal Bleicher/Loderer

Veranstalter:

Friedensplenum Mannheim, Speyerer Str. 14, 68199 Mannheim

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund, Hans-Böckler-Str. 3, 68161 Mannheim



Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Hedwig Sauer-Gürth, Belfortstr. 17, 68199 Mannheim



NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS! FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG!

„NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!“

Das ist die Antwort der Gewerkschaften auf das unermessliche Leid, das Nazi-Deutschland über die Welt gebracht hat als es am 1. September 1939 Polen überfiel und damit die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs auslöste. Achtzig Jahre nach Beginn des grauenhaften Vernichtungskriegs der Nazis haben wir allen Anlass, am Antikriegstag daran zu erinnern, wohin das Wiedererstarken von blindwütigem Nationalismus und Militarismus, von Menschenfeindlichkeit und Rassismus führen kann.

Demokratie, Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen entschlossen verteidigt werden. Das weiß niemand besser als wir Gewerkschaften. Deshalb waren wir von Anfang an zentraler Teil der Friedensbewegung und haben zu ihren Erfolgen beigetragen. Wir wissen aber auch: Unser Kampf gegen Faschismus, nationalistische Kriegstreiberei und besinnungsloses Wett-rüsten ist längst nicht vorbei. Im Gegenteil: Wir leben heute in einer Welt, in der unser gewerkschaftlicher Einsatz für eine starke Friedensbewegung besonders gefordert ist.

Die aktuelle Weltlage ist geprägt durch Unsicherheit und Instabilität. Wir werden nicht nur Zeuge, wie ein neuer Aufrüstungswahn um sich greift, sondern sehen uns mit einer neuen nuklearen Bedrohung konfrontiert. In einer Zeit, in der alle Atommächte dabei sind, ihre Nuklearwaffen zu modernisieren, steigen die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus und kündigen das Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme mit Russland. Auch die Bundesregierung ist in der Verantwortung, diesem Irrsinn Einhalt zu gebieten. Sie muss endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnen, dem bereits rund 130 Staaten zugestimmt haben.

Welche Ausmaße das neuerliche Wett-rüsten erreicht hat, zeigt sich bei den Militärausgaben. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs waren sie nie so hoch wie heute: Weltweit belaufen sie sich auf mehr als 1,6 Billionen Euro. Und auch die Bundesregierung kennt kein Halten. Betrug der deutsche Verteidigungsetat 2015 noch 33 Mrd. Euro, so ist er inzwischen auf 43,2 Mrd. Euro gestiegen. Wenn Deutschland die NATO-Vorgabe befolgt, seine Wehraus-

gaben bis 2024 auf zwei Prozent des BIP zu steigern, so läge sein Rüstungsetat in fünf Jahren bei 85 Mrd. Euro.

Schluss damit! Schon heute nimmt Deutschland den achten Platz bei den Rüstungsausgaben ein. Und das, obwohl das Geld für öffentliche Investitionen an allen Ecken und Enden fehlt – ob nun für die Gestaltung der sozialökologischen Transformation durch Klimawandel und Digitalisierung, in der Alterssicherung und Pflege, beim sozialen Wohnungsbau, bei der Entwicklung eines umfassenden Gesundheitssystems oder bei der Modernisierung von Schulen und dem Kita-Neubau. Statt mit Unsummen das Wett-rüsten anzuhetzen, fordern wir die Bundesregierung auf, die dafür vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Soziale Gerechtigkeit und sichere Zukunftsperspektiven für alle – das ist zugleich die wirksamste Antwort auf die Spaltungs- und Ausgrenzungsparolen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Sie machen mobil gegen unsere Demokratie und sagen unser vielfältigen und weltoffenen Gesellschaften den Kampf an. Wie wenig die Rechtsextremisten dabei vor Gewalt und Terror zurückschrecken, hat erst jüngst der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke verdeutlicht.

Weltweit befinden sich die Feinde der Demokratie, Autokraten und autoritäre Regime auf dem Vormarsch. Sie schüren neue Feindbilder. Sie instrumentalisieren die tiefe Verunsicherung, die das Gefühl bei vielen Menschen auslöst, in einer Welt zu leben, die völlig aus den Fugen geraten ist. Eine Welt, die durch eine wachsende Zahl an bewaffneten Konflikten geprägt ist. Eine Welt in der sich 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg, vor politischer Verfolgung, vor Naturkatastrophen und Armut befinden.

All diese Probleme lassen sich nur mit weniger statt mit mehr Waffen lösen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, engagiert sich der DGB in der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“. Deren Aufruf gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO haben inzwischen mehr als 150.000 Unterstützerinnen und Unterstützer unterzeichnet. Wir rufen öffentlich dazu auf, den Aufruf mitzuunterschreiben und sich an den zahlreichen Aktionen der Initiative zu beteiligen (<https://abruesten.jetzt>).